

Lloyd George.
 ... gestrigen Debatte über die ...
 ... von Genua nicht zahlreich ...
 ... Vertrag abändere, so würde ...
 ... vorangegangenen Kon ...
 ... habe das Land an den ...
 ... Lloyd George wisse sehr wohl ...
 ... von Versailles habe. Bevor ...
 ... endlich abgeändert seien, kann ...
 ... Europa nicht wieder aufrichten ...
 ... nicht wieder aufrichten ...
 ... nicht wieder aufrichten ...
 ... nicht wieder aufrichten ...
 ... nicht wieder aufrichten ...

Der Enztäler.

Anzeiger für das Enztal und Umgebung.
 Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenburg.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.
 Druck und Verlag des C. Meißner'schen Buchdruckerei (Inhaber D. Strom), für die Schriftleitung verantwortlich D. Strom in Neuenburg.

Nr 81.

Neuenburg, Donnerstag, den 6. April 1922.

80. Jahrgang.

Frankfurt a. M.
 ...
 ...
 ...
 ...
 ...

Deutschland.
 Stuttgart, 5. April. Auf der Hauptversammlung der Groß-Stuttgarter Demokraten, auf der Abg. Dr. Weidmann über die politische Lage sprach, wurde eine Entschließung angenommen, in der schärfster Einspruch gegen die neue Weidmannsnotnote des Hindenburg erhoben wird. Die DDB, sonst deren Forderungen als unerfüllbar und unwürdig ab und billigt die Haltung der Reichstagsfraktion und stellt sich hinter die Reichsregierung. Im übrigen Teil der Entschließung wird das Verhalten der Deutschenationalen verurteilt.

Reichsbankgebietes gegenüber den verrecklichten Beamten nach Möglichkeit ausgeglichen werden sollen. Auch wurde eine Entschließung des Abgeordneten Ködner (Zentr.) angenommen, wonach mit den Vorarbeiten für die Verminderung der Zahl der Oberpostdirektionen begonnen werden soll. Die Verwirklichung des Planes soll nachdrücklich gefördert und dem Reichstag bis 1. November 1922 über den Stand der Angelegenheit Mitteilung gemacht werden.
Weitgehendes Entgegenkommen?
 Berlin, 5. April. Im Auswärtigen Amt ist man augenblicklich damit beschäftigt, der Antwortnote der deutschen Regierung auf das Schreiben der Reparationskommission die letzte Fassung zu geben. Wie wir hören, wird in der Antwortnote auf die Stimmung des Auslandes in hohem Maße Rücksicht genommen. Sie enthält Vorschläge, die ziemlich weitgehend sind. U. a. wird die Regierung vorschlagen, die Befehlshaber der Reparationsleistungen heranzuziehen. Sie wird ferner einen anderen Zahlungsmodus in Vorschlag bringen. Die Einzelheiten stehen noch nicht fest; auch ist man sich noch nicht darüber schlüssig, ob die Vorschläge in die eigentliche offizielle Note aufgenommen werden, oder ob dazu die Form eines Begleitbriefes gewählt wird.
Nachgiebigkeit in der Zollfrage?
 Berlin, 5. April. Von parlamentarischer Seite wird dem 'Tag' geschrieben: Am 5. April läßt die Preß, in der die deutsche Regierung eine Antwort auf die Note des Generalis Rollet über die Schutzpolizei erteilen muß. Die Regierung hat die entscheidenden Beratungen über den Inhalt der Note bis auf die letzten Tage verschoben. Seit Wochen allerdings liegt eine Denkschrift des Reichsministeriums des Innern vor, in der die Forderungen der Note des Generalis Rollet ziemlich allgemein angenommen werden. In den Besprechungen des Reichsministeriums des Innern mit den Vertretern der Länder ist eine Denkschrift der Länder vorgelegt worden, nach der die Note des Generalis Rollet mit einem Nein beantwortet werden soll, soweit die völlige Umorganisation der Schutzpolizei in Betracht kommt. Nach längeren Verhandlungen scheint es in Folge des fast einmütigen Widerspruchs der Regierung der Länder gegen die Denkschrift des Reichsministeriums des Innern gelungen zu sein, eine Antwortnote zusammenzustellen, die wenigstens die völlige Nachgiebigkeit vermeidet.
Oesterreichischen Zuständen entgegen.
 Soeben kündigt die Leipziger Schlußnachricht an, daß ein Boar Stiesel neu zu bezahlen künftig 173 Mark kosten werde, und bei Reparatur sich ein Boar Stiesel auf 1200 Mark stellen werde. Wenn man ferner bedenkt, daß der Zentner Kartoffeln im Kleinhandel mit über 200 Mark verkauft wird, das Pfund Brot auf 20 bis 25 Mark, das markant 5 bis 10 Mark kostet und daß der Preis für Mehl je nach Sorte 25 bis 50 Mark beträgt, das Ei 4 bis 5 Mark, das Rind 10 bis 12 Mark, das Schwein 10 bis 12 Mark, so ist er ungefahr bei Preisen angelangt, wie man sie im Frühjahr 1920 in Wien hatte und wie sie auch damals noch geradezu unwahrscheinlich vorliefen. Anfang 1920 wurden in Wien gezahlt für: 1 Kilo Mehl 14 Kr., 1 Kilo Brot 4 bis 5 Kr., 1 Kilo Kartoffeln 10 bis 15 Kr., 1 Ei 5 bis 6 Kr., Rind 10 Kr., Schweinefleisch 20 Kr., Milch — für die bei und der Milchhändler jeht 5,80 Kr., nimmt — 4 Kronen usw. Dieser zeitliche Abstand von zwei Jahren zwischen deutschen und österreichischen Preisverhältnissen wird sich jedoch nach den Fallolgen beim wirtschaftlichen Abbruch schnell verringern. Und hinter Wien liegt Prokau.

Aus Stabt, Bezirk und Umgebung.
 Neuenburg, 5. April. Die gestern gutbesuchte Versammlung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes im 'Bären' wurde von dem Vorsitzenden Stillingert mit dem Hinweis eröffnet, daß sie einberufen wurde, weil in der Vorbereitung eine unrichtige Meinung über den Streik der Metallarbeiter bestände. Die meisten meinten, es bestehe sich nur um die 46- bzw. 48-Stunden-Woche, während es in Wirklichkeit um die Existenz der Metallarbeiter gehe. In etwa einstündigen Ausführungen ging sodann der Sekretär des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Kaufmann (Horsheim) auf die Vorgeschichte ein, die bis auf das Jahr 1918 zurückreife, wo nach dem Zusammenbruch die Arbeiter verstaatlicht wurden, die vom Jahre 1918 bis zum Jahre 1919 achtstündiger Arbeitszeit wieder in die Betriebe eintraten, wo sie vor dem Kriege beschäftigt waren. Bei Verhandlungen im Frühjahr 1919 mit dem Süddeutschen Metall-Industriellen-Verband, welcher Württemberg, Baden, Hessen und die Pfalz umfaßt, wurde in Heidelberg ein Rahmenvertrag für ganz Süddeutschland geschlossen, laut welchem man sich in den Betrieben auf die 46-Stunden-Woche einigte, später jedoch es veränderte diese Betriebe durch, daß die 48stündige Arbeitswoche mit dem freien Samstagnachmittag geschlossen wurde. Dabei wurde erreicht, daß sowohl bei der 48stündigen wie bei der 46stündigen Arbeitswoche den Arbeitern derselbe Lohn bezahlt wurde, wie vorher bei 48stündiger Arbeitszeit. Dieser Rahmenvertrag lief ab und sollte wieder erneuert werden. Bei den Verhandlungen in Heidelberg wurde von Seiten des Metall-Industriellen-Verbandes ein Vorstoß unternommen, demart, auf die Stelle der 48stündigen die 46stündige Arbeitswoche wieder eingeführt werden sollte. Von den Vertretern der Arbeiter wurde vorgeschlagen, daß die Frage der Arbeitszeit ausscheiden solle, diese könne nur geregelt werden durch eine Abstimmung der gesamten Arbeiterschaft. Es kam ein neuer Tarif zustande, der bezüglich der Löhne und Abfertigungen wie in der Urabstimmung Verbesserungen brachte. Der Metall-Industriellen-Verband machte aber diese Verbesserungen davon abhängig, daß die Arbeiter die 48-Stunden-Woche annehmen. In Württemberg, Baden, Hessen und der Pfalz kam es infolge dessen zur Abstimmung in den Betrieben, wobei die Arbeiterschaft die Verbesserungen, weil sie infolge der fortschreitenden Teuerung nicht mehr genügt, ablehnte und mit einer Vierstündel-Wehrzeit sich für die 46-Stunden-Woche erklärte. Auf einer Funktionär-Konferenz in Stuttgart wurde einstimmig beschlossen, an den Metall-Industriellen-Verband Forderungen wegen neuer Teuerungszulagen zu richten. Der Metall-Industriellen-Verband habe in einem Schreiben an den Bezirksleiter diese Forderung rundweg abgelehnt und bemerkt, er lasse sich auf Verhandlungen nicht mehr ein. Die Arbeiterschaft habe hierauf ihre Forderungen dem Schlichtungsausschuß unterbreitet, der auch vom Metallindustriellenverband angerufen wurde, mit dem Ziel: Einführung der 48-Stunden-Woche. Bei den Verhandlungen entschied sich der Schlichtungsausschuß für die 48-Stunden-Woche und Teuerungszulagen, die ab 15. Februar 1. März, ab 6. März 1.70 Mark in Stuttgart für die Stunde betragen hätten. Von Seiten der Arbeiterschaft wurde sofort verlangt, daß die Verhandlungskommission diesen Schiedspruch ablehne, weil die beiden Fragen in dem Schiedspruch zusammengefaßt worden sind, während darüber zwei getrennte Schiedsprüche hätten gefällt werden sollen. Auch bezüglich der Teuerungszulagen mußte der Schiedspruch abgelehnt werden, weil die zutreffende Teuerung bei diesen Löhnen es den Arbeitern nicht mehr gestalte, ihr Leben zu fristen. In der Zwischenzeit fanden Verhandlungen im Würt. Arbeitsministerium statt, die die ganze Angelegenheit verfolgt und erlucht, es solle unbedingt eine Aussprache im Arbeitsministerium stattfinden. Es kam die Abstimmung in Württemberg, die rund 10000 Stimmen für Ablehnung und 6000 Stimmen für Annahme der 48-Stunden-Woche ergab. Bei Verhandlungen im Arbeitsministerium wurde von demselben ein Vergleichsvorschlag gemacht, die 48-Stunden-Woche anzuerkennen, die Arbeiterschaft müsse sich unterwerfen unter die 48-Stunden-Woche, wie sie im Schiedspruch vorgelesen war, während als Teuerungszulage ab 15. Februar 1.70 Mark und ab 6. März 1.20 Mark zu gewähren wären. Der Vertreter des Württembergischen Metall-Industriellen-Verbandes, Warentz Fischer, erklärte offiziell, daß er sich derartige Eingriffe verbitte, wie das Arbeitsministerium dazu komme, einen derartigen Vorschlag zu machen. Er gab die offizielle Erklärung ab, daß der Württembergische Metall-Industriellen-Verband diesen Vergleichsvorschlag ablehne. Sie wollten, fähete der Referent weiter aus, es auf eine Nachtprobe antworten lassen. Im Laufe der Verhandlungen wurde von dem Bezirksleiter die Frage gestellt, wie es sich, wenn die Arbeiterschaft die 48-Stunden-Woche annehme, mit der Teu-

Flechten
 ...
 ...
 ...
 ...
 ...

Strohdung
 ...
 ...
 ...
 ...
 ...

Chauffeur.
 ...
 ...
 ...
 ...
 ...

Ausland.
 Paris, 4. April. Das französische Außenministerium beklagt heute offiziell, daß bei den vorgestern stattgefundenen Streiksigkeiten zwischen Matrosen im Danziger Hafen irgend ein Deutscher überhaupt nicht beteiligt gewesen ist, so daß es sich nur um einen Streit zwischen französischen Seeleuten gehandelt hat.
Die Reparationskommission ist unzufrieden.
 Paris, 5. April. Wie von unterrichteter Seite verlautet, herrscht in Kreisen der Wiederherstellungskommission Befremden über die Zusammensetzung der deutschen Abordnung für Genua. Man wundert sich darüber, daß diese Abordnung fast nur aus Herren bestehe, die sich bisher vorwiegend mit der Reparationsfrage, dagegen nicht mit der russischen Frage beschäftigt. Man befürchtet, daß Deutschland die Absicht hat, in Genua die Reparationsfrage anzuknüpfen und nur zu diesem Zweck die Abordnung so zusammengefaßt hat.
Die einjährige Dienstzeit abgelehnt.
 Paris, 5. April. Im weiteren Verlaufe der gestrigen Kammerdebatte wandte sich auch der Spezialberichterstatter des Abgeordnetenhauses, Habert, gegen den Antrag Benazet auf Einführung der einjährigen Dienstzeit. Daraus wurde die Debatte über den Antrag geschlossen, wovon der Vorsitzende des Abgeordnetenhauses, General de Castellana, beantragte, daß der Gegenantrag Benazet nicht in Betracht gezogen werden möge. Auch Ministerpräsident Painlevé trat für die 18monatige Dienstzeit ein und wandte sich dagegen, daß in dem Belangenworte, so wie er vorgelegt worden sei, angenommen werde. Sie haben ihre Verantwortlichkeit übernommen; jetzt müssen die Abgeordneten das gleiche tun. Mit 214 gegen 227 Stimmen wurde die Benazet'sche Abordnung abgelehnt.
Die Stellungnahme der Schweiz.
 Paris, 4. April. Ueber die Stellungnahme der Schweiz auf der Konferenz von Genua läßt sich das Journal des Debats' aus Genf folgendes melden: Man hat sich in Schweizer Regierungskreisen sehr eingehend mit der Reparationsfrage beschäftigt, um den Schweizer Delegierten entsprechende Antworten geben zu können. Selbst bei Wahrung vollster Neu-

Abrechnung in der Reichsgewerkschaft.
 Berlin, 5. April. In der gestrigen außerordentlichen Hauptversammlung der Reichsgewerkschaft der deutschen Eisenbahnbeamten und -anwärter erklärte der erste Vorsitzende Henne, nachdem er die Verammelten mehrere Stunden auf sein Erscheinen hatte warten lassen, daß er infolge Erkrankung nicht vorbanden könne. An seiner Stelle hielt der Vorsitzende der Lokomotivführergewerkschaft Schöffel, der die Verhandlungen über die Wirkungen und Folgen des Streiks, als er erklärte, der so unglücklich ausgegangene Streik sei von dem neuen Vorstand mit allen Mitteln erzwungen worden. Im Saale und auf der Galerie erhob sich bei diesen Worten ein so ungeheurer Tumult, daß der Vorsitzende die Sitzung auf zehn Minuten unterbrechen mußte. Als bei Wiederaufnahme der Sitzung Schöffel weiter sprechen wollte, wurde wieder derartig gelächert, daß der Redner von weiteren Ausführungen Abstand nehmen mußte.
Mobilisierung des Deutschen Beamtenbundes.
 Berlin, 5. April. Heute beginnt in Berlin die dritte Tagung des Deutschen Beamtenbundes. Es liegt ein Antrag vor, den Vorsitzenden der Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahnbeamten und -anwärter Henne zum zweiten Vorsitzenden des Deutschen Beamtenbundes zu wählen. Ferner soll der Bezirksverband Berlin Reichsgewerkschaft der Post- und Telegraphenbeamten die Absicht haben, einen Antrag einzubringen, wonach sich der Deutsche Beamtenbund zu einem gewerkschaftlichen Verbande befehlen soll.
Der Reichspostetat im Hauptausfluß.
 Berlin, 4. April. Ueber den Etat des Reichspostministeriums wurde im Hauptausfluß des Reichstags eine Entschließung Steinbofs (Soz.) angenommen, wonach die durch die im Haushalt des Reichspostministeriums für 1922 vorgesehenen Stellenberabminderung verursachten Bescheidenheiten in den Beförderungsverhältnissen zu Ungunsten der Beamten des

Wer nicht inseriert
 ...
 ...
 ...
 ...
 ...

Ruhwagen
 ...
 ...
 ...
 ...
 ...

H. M.
 ...
 ...
 ...
 ...
 ...

Emser Wasser
 ...
 ...
 ...
 ...
 ...

Landkreis Calw
 ...
 ...
 ...
 ...
 ...

LANDKREIS CALW



Kreisarchiv Calw

...ungszulage und der Urlaubfrage verhalte. Darauf habe ...

In der folgenden Aussprache, an welcher sich die ...

tige Regelung bleibe der Zentrale vorbehalten, wobei es ...

Anmerkung der Schriftleitung: Die Art und Weise, wie in dieser ...

Württemberg.

Stuttgart, 5. April. Viehverkehr und Fleischpreise.) Von ...

Stuttgart, 5. April. (Schiedsgericht im Tarifstreit der ...

Stuttgart, 4. April. (Zum Kampf in der Metallindustrie.) ...

der Delegierte des Reichsarbeitsministers sein Votum für ...

Stuttgart, 5. April. (Weitere Verabreichung des Weizen ...

Stuttgart, 5. April. (Die Dille der Landwirtschaft.) In ...

Stuttgart, 5. April. (Mitschuld.) In ...

Stuttgart, 5. April. (Weiligung.) Im Sommer a. j. ...

Stuttgart, 5. April. (Hochwasser.) Die rasche Schneeschmelze ...

Stuttgart, 5. April. (Nicht einberufen.) In ...

Stuttgart, 4. April. (Schwerer Schaden.) Ein ...

Baden.

Baden, 4. April. Ein furchtbares Verbrechen hat sich in der ...

Mannheim, 4. April. Vor dem Schwurgericht stand ...

Vermischtes.

Ein Falschmünzprozess. Nach 14tägiger Verhandlung ...

Schuhputz Pilo glänzt im Nu

len von 6 Jahren bis ... Das Urteil im ...

